

Die DVP im Juli 2021/Inhaltsverzeichnis

Jürgen Vable

Über Handwerkliches bei der Rechtsanwendung255

Abhandlungen

Udo Steiner

Regieren in der Pandemie257

Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine Herausforderung für die Medizin, sondern auch für den Rechtsstaat. Das Infektionsgeschehen ist diffus, und es ist volatil. Die Landtage und Bürgerschaften sind der Ort der Debatte, aber eben auch nur das. Regieren in Corona-Zeiten ist Staatsleitung in systemischer Ungewissheit.

Dieser Beitrag betrachtet u.a. die Rolle des Deutschen Bundestags, der Bundesregierung und der Landesregierungen im Rahmen der Gesetzgebung, des Erlasses von Verordnungen und des Gesetzesvollzugs in dieser Situation. Auch die Rolle der Gerichtsbarkeit wird kurz beleuchtet.

Roland Staude

Warum ist Homeoffice nicht gleich Homeoffice?260

Die Diskussion über Homeoffice als Chance, als Verpflichtung, als Alternative usw. ist in aller Munde. Spätestens seit der Corona-Pandemie, aber auch im Rahmen des Klimaschutzes wird überlegt, ob Präsenz in einem Büro oder Anwesenheit bei Konferenzen wirklich ein Maßstab dafür ist, wie gut Arbeitnehmer ihren Job machen.

Bevor man aber zu neuen Regelungen der Arbeitsbedingungen gelangt, ist es zunächst sinnvoll, die Begrifflichkeiten zu klären und z.B. zu überlegen, was eigentlich unter Homeoffice, Telearbeit und mobilem Arbeiten zu verstehen ist. Im Anschluss daran befasst sich der Beitrag mit den Rahmenbedingungen, insbesondere der technischen Ausstattung, dem Arbeitsschutz, Datenschutz, Unfallschutz und der Arbeitszeit der Beschäftigten.

Holger Weidemann

Ende eines Widerspruchsverfahrens durch Erledigung des Widerspruchs264

Das Widerspruchsverfahren ist nach § 68 VwGO als Vorverfahren zu einer Klageerhebung zwecks Aufhebung eines Verwaltungsakts (Anfechtungsklage) und nach Ablehnung des Antrags auf Erlass eines Verwaltungsakts (Verpflichtungsklage) vorgesehen. Je nach Zulässigkeit und Begründetheit entscheidet die Ausgangs- oder Widerspruchsbehörde über den Widerspruch.

In einigen Fällen kommt es aber nicht zu dieser Entscheidung, insbesondere weil sich der Verwaltungsakt zuvor erledigt hat oder die Entscheidung über einen Antrag aufgrund veränderter Umstände nicht mehr möglich ist. Die Darstellung befasst sich mit der Frage, wie das Widerspruchsverfahren in diesen Fällen fortzusetzen bzw. abzuschließen ist.

Michael Jesser/Bernd Schröder

Tätigkeiten bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts als Nebentätigkeit?268

Zur Gewinnung von qualifiziertem Personal kann es erforderlich sein, den finanziellen Vorstellungen des Bewerberfeldes entsprechen zu können. So werden vielfach Forderungen in finanzieller Hinsicht erhoben, die das Besoldungsrecht nicht vorsieht. In diesem Zusammenhang werden Bewerberinnen und Bewerber zunehmend kreativ und fordern die zusätzliche Vergütung von Leistungen im Rahmen der Ausübung einer Nebentätigkeit. Ob einer derartigen Forderung gefolgt werden kann, bedarf einer Prüfung anhand der Regularien des Nebentätigkeitsrechts.

Fallbearbeitungen

Markus Küßner

„Startschuss für das neue Hallenbad!“271

Nach einer kurzen Einführung in die Nutzwertanalyse soll die – bewusst vereinfachte und frei erfundene – Fallstudie zu einer Standortanalyse aus dem Bereich der Kommunalverwaltung als Beispiel dienen, wie eine Nutzwertanalyse in der öffentlichen Verwaltung im Hinblick auf die dargestellte Entscheidungssituation aussehen könnte. Diese Fallstudie dient in erster Linie nur der Demonstration möglicher Vorgehensweisen.

Gerhard Lange/Rolf Kosczynski-Wagner

Verkehrsentlastung für den Stadtkern281

Bei dieser Fallbearbeitung aus dem Straßenrecht NRW geht es um die möglichen straßenrechtlichen Maßnahmen, nachdem durch Baumaßnahmen der Stadtkern vom Durchgangsverkehr befreit wurde und eine neue öffentliche Straße um den Stadtkern herumführt. Die Maßnahmen betreffen sowohl den bisherigen Verlauf einer Landesstraße als auch die neu errichteten Abschnitte.

Ralf Schmorleiz

Eine Ratssitzung in der Verbandsgemeinde Saalbach. . .284

Gegenstand dieser Fallbearbeitung aus dem rheinland-pfälzischen Kommunalrecht sind u.a. Fragen zur Beschlussfähigkeit, zur Sitzungsform, zur Zuständigkeit des Verbandsgemeinderats für eine Stellenausschreibung und zu einem Widerspruch gegen einen Erschließungsbeitragsbescheid.

Bernd Reinemann

Ist das Recht gerecht und kann daher jedem nur recht sein? Teil 1287

Dieser Fall befasst sich u.a. mit der Frage, wann der Termin zu einer mündlichen Verhandlung vor dem Kreisrechtsausschuss verlegt werden muss. Außerdem geht es in der Sache um einen Widerspruch gegen den Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse.

Kurzinformationen und Splitter

Splitter - Coronavirus: Stigmatisierende Namen270

Rechtsprechung

Zur ordnungsrechtlichen Verantwortlichkeit beim Abstellen von Altkleidersammelcontainern

(OVG Münster, Urteil vom 6.10.2017 – 11 A 353/17) 291

Vollstreckung zugunsten einer Gemeinde aus einem gerichtlichen Vergleich (VGH München, Beschluss vom 7.8.2018 – 8 C 18.1241) 293

Wohnungsdurchsuchung bei Behördenquerulanten

(OLG Karlsruhe, Beschluss vom 23.8.2016 – 11 W 79/16; 11 W 79/16 [Wx]) 295

Schrifttum

296

Die Schriftleitung